Antrag der studentischen Verteter*innen für die Senatssitzung am 25. Mai 2011:

Wissenschaftsfreiheit verpflichtet:
Drittmittelkooperationen an der Universität Köln offen legen.

Unter dem Druck der öffentlichen Unterfinanzierung der Hochschulen wurden in den letzten Jahren Hochschulen zunehmend dazu getrieben, finanzielle Einnahmen von Drittmittelgebern einzuwerben.
Der Senat der Universität zu Köln sieht eine solche Entwicklung als problematisch an. Erstens kann eine wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung behindert werden, wo bestimmte Problemstellungen im Auftrage Dritter (z. B. der Industrie) gelöst werden sollen und der Auftraggeber ein direktes Interesse am Ergebnis des Projektes hat.
Zweitens hindert die daraus resultierende Geheimhaltung der Kooperationen und Ergebnisse die Weiterentwicklung der Wissenschaft selbst.

Der Senat der Universität zu Köln spricht sich daher für die Offenlegung aller an der Hochschule stattfindenden Drittmittelkooperationen aus.

Fragen vom AK Zivilklausel an Rektorat und Senat

Zur letzten Senatssitzung am 23. Februar 2011

Im Dezember 2010 haben sich im Rahmen einer Abstimmung 65% der wahlbeteiligten Studierenden für eine zivile Ausrichtung der Hochschule ausgesprochen und dafür, folgenden Passus in die Grundordnung der Universität aufzunehmen:
„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Der AK Zivilklausel hat folgende Fragen an Rektorat und Senat, im Besonderen an die im Folgenden genannten Personen:

Herr Freimuth (Rektor):
• Friedensbewegung und Friedensforschung bemühen sich um Öffentlichkeit. Welche Drittmittelkooperationen sind auf Geheimhaltung angewiesen?
• Der Pressesprecher der Uni Köln wird in der Kölner Stadtrevue zitiert: „Als Rüstungsproduzent sind wir auch einer der Exportweltmeister. Letztendlich muss jede Institution für sich entscheiden, wie sie damit umgeht“.* Wo sehen Sie die Grenzen der Inhumanität?

Herr Kaul (Prorektor für Lehre und Studium):
• Im selben Interview kennzeichnet der Pressesprecher der Universität das Votum für die Zivilklausel von 5000 Studierenden als „Minderheitenmeinung“. Wenn man eine solche zur „Grundlage von Entscheidungen“ mache, „müsste man grundsätzlich fragen, ob das Demokratie ist“.* Welche Mehrheit repräsentiert der Hochschulrat?
• Was muss an der aktuellen Verfasstheit der Universität geändert werden, damit die Ausrichtung und der Gehalt der Lehre und des Studiums demokratisch entwickelt werden können und zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beitragen?

Herr Neyses (Kanzler), Frau Steinbeck (Prorektorin für Planung, Finanzen und Gender):
• Was ist an der aktuellen finanziellen Ausstattung der Universität problematisch und muss geändert werden, damit die Institution zu einer zivilen Gesellschaftsentwicklung beitragen kann?

Herr Krieg (Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs):
• Können Sie Forschungsprojekte nennen, die durch die eingeforderte Zivilklausel in Gefahr geraten?
• Es gibt sicherlich an der Universität Köln Forschungsansätze, die darauf gerichtet sind, zu einer zivilen und friedlichen Gesellschaftsentwicklung beizutragen. Welche Bemühungen gibt es bereits und welche wären zu unternehmen, diese stärker zur Geltung zu bringen?

* Die Zitate des Pressesprechers in der Kölner StadtRevue wurden von der Hochschulleitung nicht autorisiert.

Sämtliche Fragen blieben unbeantwortet.

Nein zur Kriegsforschung
Ja zur Zivilklausel!

„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -tradition zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“
Albert Einstein, „Für einen militanten Pazifismus“.

Liebe Kommiliton*innen und Kolleg*innen,

Bei der Abstimmung unter den Studierenden der Uni Köln im letzten Dezember hat sich eine klare Mehrheit von 65% dafür ausgesprochen, dass die Universität ausschließlich friedliche, zivile Zwecke verfolgt (bei 20% Nein-Stimmen und 15% Enthaltungen). Demnach gibt es ein klares Votum dafür, dass die Universität folgende Zivilklausel in ihre Grundordnung aufnimmt:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Die Studierenden haben mit der deutlichen Parteinahme für friedensschaffende Wissenschaft die Verankerung einer Zivilklausel in die öffentliche Debatte gebracht und politisch auf die Tagesordnung gesetzt. Bisher weigert sich jedoch die Unileitung, die Zivilklausel in die Satzung der Universität aufzunehmen. Stattdessen soll die Hochschule weiterhin unkritisch an den Belangen potentieller Drittmittelgeber ausgerichtet bleiben.

Wissen-Schaffende haben eine gesellschaftliche Verantwortung, der sie sich nicht entziehen können: Ohne wissenschaftliches Zutun könnten keine Waffen produziert, der Bevölkerung nicht die vermeintliche Unvermeidbarkeit von Aufrüstung und Krieg eingeredet und keine Bomben abgeworfen werden. Umgekehrt gilt: Wären intellektuelle Arbeit, „Gedanken und Bemühungen“ stattdessen auf eine Humanisierung der Gesellschaft gerichtet, ließen sich Kriegs- und Friedensursachen erforschen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit stellen. In dem „Nein“ zur Indienstnahme wissenschaftlicher Tätigkeit für den Krieg steckt daher ein „Ja“ und die Möglichkeit zur Realisierung einer humanen und zivilen Entwicklung der Welt.

Wir möchten daher alle zur Beteiligung an den aktuellen Aktivitäten anregen!

Einseitig zivile Grüße,
Euer Arbeitskreis Zivilklausel

Aktuelle Aktivitäten:

Mi., 25. Mai 2011 um 15:00 Uhr im Neuen Senatssaal (Hauptgebäude):
Sitzung des Senats der Universität Köln
Bei der Sitzung steht die Einführung einer Zivilklausel zur Diskussion und es wird von studentischer Seite ein Antrag auf Offenlegung sämtlicher Drittmittelkooperationen eingebracht (siehe Rückseite).

Fr., 27. bis So., 29. Mai 2011 in Braunschweig:
Internationaler Kongress „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel“
Programm, weitere Infos und Anmeldung unter:
www.zivilklausel.org

Di., 31. Mai 2011, 19:30 Uhr in XII (Hauptgebäude):
Deadly Dust – Todesstaub
Der Dokumentarfilm von Frieder Wagner klärt über die Anwendung und die Folgen von Uranmonition in den Kriegen in Irak, Kosovo und Bosnien auf und läßt den Mythos von humanitären Kriegen platzen. Anschließend Diskussion mit dem Regisseur.

Treffen des AK Zivilklausel
Zu unseren zweiwöchig stattfindenden Treffen ist jedeR herzlich eingeladen! Aktuelle Termine auf unserer Homepage.

V.i.S.d.P.: Arbeitskreis Zivilklausel,
% Felix v. Massenbach, Marienstr. 3d, 50825 Köln
Kontakt: zivilklausel@uni-koeln.de

www.zivilklausel.uni-koeln.de

Krieg oder Frieden?

Was steckt wirklich hinter der Problematik des „dual use“?

Krieg und Frieden?

„Der Mann mit dem weißen Kittel schrieb Zahlen auf das Papier. Er machte ganz kleine, zarte Buchstaben dazu.
Dann zog er den weißen Kittel aus und pflegte eine Stunde lang die Blumen auf der Fensterbank. Als er sah, dass eine Blume eingegangen war, wurde er sehr traurig und weinte.
Und auf dem Papier standen die Zahlen. Danach könnte man mit einem halben Gramm in zwei Stunden tausend Menschen tot machen.
Die Sonne schien auf die Blumen.
Und auf das Papier.“
Wolfgang Borchert, Lesebuchgeschichten.

In der heutigen Auseinandersetzung und Aufklärung für eine zivile Ausrichtung der Wissenschaft wird von deren Gegnern gerne auf „dual use“ rekurriert. Dabei wird auf die doppelte, angeblich beliebige Anwendbarkeit“ von Forschungsergebnissen – für zivile und militärische Zwecke – hingewiesen, wie es auch die Bezeichnung nahelegt.

Damit soll erstens suggeriert werden, dass die Wissenschaft ohnehin keine Verantwortung habe, und zweitens, dass eine Behinderung von Forschung mit militärischem Nutzen auch zivile Innovation behindern würde. Das ist ein Ablenkungsmanöver. Denn die Problematik des „dual use" besteht gar nicht wesentlich in der ambivalenten Anwendung bereits entwickelter Forschungsergebnisse, sondern in der militärischen Bestimmung der Forschungsfragen.

Diesbezüglich wird von den Verfechtern des „dual use" postuliert, dass die wissenschaftlichen Fragestellungen losgelöst und „frei“ von ihren künftigen gesellschaftlichen Zwecken von großen Männern und Frauen entwickelt werden würden. Dies entspricht nicht dem wissenschaftlichen Produktionsprozess, in dem zunehmend konkrete Fragestellungen schon im Vorhinein, z.B. durch den Einfluss von Drittmittelgebern, beeinflusst werden. Der Begriff des „dual use“ scheint heutzutage herangezogen zu werden, um die Reflexion des wissenschaftlichen Produktionsprozesses zu entpolitisieren.

Eine politische Programmatik ...

„Alle Leute haben eine Nähmaschine, ein Radio, einen Eisschrank und ein Telefon. Was machen wir nun? fragte der Fabrikbesitzer. Bomben, sagte der Erfinder. Krieg, sagte der General. Wenn es nicht anders geht, sagte der Fabrikbesitzer.“
Wolfgang Borchert, Lesebuchgeschichten.

„Dual use“ ist nicht das Produkt einer ergebnisoffenen wissenschaftlichen Praxis, sondern besteht darin, eine politische Verstrickung der Wissenschaft mit aktiver Berücksichtigung militärischer Fragestellungen zu forcieren.

Schon im *„Zukunftskonzept Informationstechnik“* der Bundesregierung von 1989 wird gefordert: *„In Zukunft wird auch verstärkt darauf hinzuwirken sein, sogenannte Dual-Use-Technologien intensiver zu nutzen, d.h. zu versuchen, militärische Forderungen bei zivilen Entwicklungen frühzeitig mitberücksichtigen zu lassen, beziehungsweise auf derartige Dual-Use-Technologien in Form von Add-On-Programmen aufzusetzen, um den militärischen Bedarf zu decken.“*
In diesem Sinne lautet eine Pressemitteilung der CDU/CSU vom 20. Oktober 1993, *„Effizientere Nutzung der Forschungsinfrastruktur erforderlich“*, in der folgendes Anliegen gefasst wird: *„Die faktische Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung ist zu überdenken (Stichwort ‚dual use‘). Die sich daraus ergebenden Folgerungen sind dem Deutschen Bundestag bis Mitte nächsten Jahres vorzulegen.“*
Und im Juni 1997 forderte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Presseerklärung zum Eurofighter konkretes Handeln: *„Die künstliche Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung [...] muß in Deutschland endlich ad acta gelegt werden.“*

Zivile und militärische Forschung sollten mit dem „Argument“ zusammengelegt werden, dass dabei Spareffekte erzielt und der Industrie im internationalen Wettbewerb Vorteile verschafft würden.
Im Mai 1997 haben die forschungs- und wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sich erstmals öffentlich in der gleichen Richtung geäußert: *„Wesentliche Nachteile ergeben sich für die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie aus der Zersplitterung der Aktivitäten zwischen militärischer und ziviler Luft- und Raumfahrt.“*

Kostas Koufogiorgos, aus: Neue Rheinische Zeitung, 08.10.2008.

Abschließend ist dazu anzumerken, dass es zweifellos zivile Abfallprodukte der wissenschaftlich-technischen Entwicklungen im militärischen Bereich gibt. Vor allem die Elektronik und die Datenverarbeitung verdanken das Tempo ihrer Entwicklungen auch militärischen Aufwendungen. Allerdings sind es ausgesprochen teuere Nebenprodukte, deren Entwicklung für den zivilen Bereich auf Umwegen verlief. Ohne Zweifel muss angenommen werden, dass ein gezielter Einsatz der gleichen wissenschaftlichen und technischen Ressourcen zur Entwicklung von Produktivkraft und Technologie im zivilen Bereich sehr viel schneller, produktiver, für die Beteiligten erfreulicher und mit eindeutigem humanem Nutzen Erfolg gebracht hätte. Insofern bedeutet die militärische Verzweckung der Wissenschaft nicht einen produktiven Antrieb für zivile Forschung sondern tatsächlich eine Behinderung.

... mit humaner Gegenperspektive

„Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN !“
Wolfgang Borchert, Dann gibt es nur eins!, 1947.

In den 90er-Jahren positionierten sich Personal- und Betriebsräte zahlreicher Großforschungseinrichtungen klar gegen die „dual-use“-Praxis. Dabei geht es den Kritikern nicht darum, dass zivile Forschung auch militärisch genutzt werden könnte. Solange es Militär überhaupt gibt, ist das jederzeit möglich, weil z.B. die Ergebnisse der Zivilforschung veröffentlicht werden. Es geht den Gegnern vielmehr darum zu überwinden, dass Planung und Prioritätensetzung der zivilen Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesministerium der Verteidigung oder direkt mit Rüstungsfirmen abgestimmt werden und Zivilforschung damit von militärischen Zielsetzungen bestimmt wird.

Kein Krieg kann geführt werden ohne Wissenschaft und Wissenschaftler zu vereinnahmen – weder mediale Propaganda, noch Logistik und Kommunikation, noch Bombenbau und Bombenabwurf oder medizinische und psychologische Wiederherstellung der Soldaten für den Krieg wären ohne Wissenschaft möglich. Das NEIN zum Krieg hat also seine Bedeutung.
Die Überwindung der gesellschaftlichen Kriegsursachen zu betreiben ist eine naheliegende Schlussfolgerung aus diesem positiven NEIN, zu der auch die Wissenschaft beitragen muss und daher kann.

www.zivilklausel.uni-koeln.de